

SPARPAKET DER BUNDESREGIERUNG

Für Stabilität und Wohlstand

Die christlich-liberale Regierungskoalition hält ihr Wort: Durch entschlossenes Handeln stellt sie den Staatshaushalt auf eine solide Grundlage. So wichtig teure Rettungspakete während der Wirtschafts- und Finanzkrise waren, so unausweichlich sind im Aufschwung Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen. Mit ihrem Sparpaket ermöglicht die unionsgeführte Bundesregierung die Einhaltung der Schuldenbremse.

Unterstützung in der Krise, Sparen im Aufschwung

Im vergangenen und im laufenden Jahr musste der Bundeshaushalt in Folge der größten Wirtschaftskrise seit drei Generationen mit hohen Summen belastet werden. Ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung wäre die erfolgreiche Politik der Bundesregierung nicht möglich gewesen. Sie ermöglichte beispielsweise unterstützende Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, die die Erwerbslosenquote im Vergleich zum Zustand vor der Krise schließlich sogar senkten. Mittlerweile hat sich der Aufschwung in Deutschland jedoch gefestigt: Die Arbeitslosenquote war im vergangenen Monat so niedrig wie zuletzt im Mai 1992; auch das Wirtschaftswachstum zieht deutlich an. Experten wie der Präsident des Münchener ifo-Instituts, Professor Hans-Werner Sinn, sind sich darüber einig, dass nun der richtige Zeitpunkt zum Sparen gekommen ist.

Haushaltskonsolidierung sichert Handlungsfähigkeit

Mit einer Konsolidierung des Haushalts sichert die christlich-liberale Koalition die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Sie schafft die Voraussetzungen für Währungsstabilität und bewahrt vor unkontrollierbaren Preissteigerungen. Gleichzeitig gibt die Konsolidierung dem Staat die notwendigen Handlungsspielräume zurück, um auch künftig wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen und unsere Sozialsysteme zu sichern.

Einsparungen mit Augenmaß

Der Regierungskoalition liegt die soziale Ausgewogenheit des Sparprogramms besonders am Herzen. Daher leistet die Wirtschaft einen Großteil des Sparaufkommens. Da jedoch alle Ressorts Einsparungen zu leisten haben, sind auch maßvolle Kürzungen im Bereich der Familien- und Sozialpolitik unausweichlich. Hier setzt die christlich-liberale Koalition auf vernünftige Korrekturen: So erhielten bisher Hartz-IV-Empfänger als einzige zusätzlich Elterngeld – für alle anderen war das Elterngeld eine Lohnersatzleistung. Zuletzt hatte ein Paar mit Anspruch auf Arbeitslosengeld II und zwei Kindern bei Wohnkosten von 509 Euro ein Haushalts-Nettoeinkommen von knapp 1900 Euro erhalten.

BUNDESVERSAMMLUNG

Christian Wulff überzeugt CSU-Landesgruppe

Die breite Anteilnahme der Bürger am überraschenden Rücktritt Horst Köhlers verdeutlichte einmal mehr die große Popularität des Bürgerpräsidenten. Horst Köhler vereinte Sachverstand und Augenmaß; er war Ratgeber und Landesvater. Mit Christian Wulff hat die christlich-liberale Koalition einen überzeugenden Nachfolgekandidaten präsentiert.

Ein Staatsmann, der versöhnt

Das Grundgesetz lässt der Bundesversammlung nach dem Rücktritt nur 30 Tage Zeit, um einen neuen Präsidenten zu wählen. In dieser schwierigen Situation hat die christlich-liberale Koalition Führungskraft gezeigt und mit Christian Wulff einen starken Kandidaten vorgeschlagen. Er hat in Hannover sieben Jahre lang stabil und erfolgreich regiert. Unter seiner Führung stieg Niedersachsen aus dem Mittelfeld der Bundesländer in die Spitzenklasse auf. Christian Wulff hat die politische Erfahrung, die Horst Köhler nicht in sein Amt einbringen konnte. Christian Wulff verbindet diese Erfahrung mit der Offenheit und Bürgernähe, die auch Horst Köhlers starke Seite war. Er führt zusammen und macht Mut.

Demokratie zeichnet sich durch den Wettbewerb guter Kandidaten aus. Die Opposition hätte schlechtere Bewerber nominieren können als Joachim Gauck, den die CSU-Landesgruppe für seine frühere Arbeit an der Spitze der Stasi-Unterlagen-Behörde schätzt. Gauck weiß aber selbst: Er wurde nur nominiert, weil er als Kandidat von SPD und Grünen keine Chance in dieser Bundesversammlung hat. In der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen brauchen wir einen erfahrenen Staatsmann als Bundespräsidenten.

Starke Werte und erfolgreiche Politik

Am Montagabend überzeugte Christian Wulff die CSU-Landesgruppe bei einem persönlichen Gespräch. Dabei stellte sich eine große Übereinstimmung mit den Auffassungen der CSU-Abgeordneten dar. Auf die Frage nach den Werten, die er als Bundespräsident voranbringen würde, bekannte sich der niedersächsische Ministerpräsident in aller Deutlichkeit zu den Grundlagen der christlich-abendländischen Kultur.

Das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten werde er bis zur Wahl des neuen Bundespräsidenten nicht aufgeben, betonte Wulff unter Verweis auf seinen hohen Respekt vor der Unabhängigkeit der Bundesversammlung. Gäbe er seine Ämter in Hannover bereits jetzt auf, wirkte es, als ob er das Wahlergebnis vorwegnehme. Ab dem 01. Juli wolle er aber der Präsident aller Deutschen und aller Bundesländer sein.